Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind in voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Nr. 115. | Dresden, Sonnabend den 22. Mai 1909. | 20. Jahrg.

Der allgemeine Krankenkassenkongreß.

Keiner der vorhergehenden Krankenkassenkongresse war so stark besucht und hatte so große Bedeutung als der in den ersten Tagen dieser Woche abgehaltene Kongreß, der wirklich ein Krankenkassenparlament darstellte.

Der Kongreß hatte Stellung zu nehmen zur „Reichsversicherungsordnung", zum „Sozialistengesetz in Kassenpackung", wie von einem Redner die Regierungsvorlage bezeichnet wurde. Er hat unsere Erwartungen bei weitem übertroffen, und die Regierung wird diese Kundgebung der Kassenvertreter nicht ignorieren können, wenngleich sie solchen Massendemonstrationen — natürlich nur, wenn sie ihrer Anschauung zuwider sind — „keinen großen Wert beimißt".

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hatte, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, den Kongreß durch zwei seiner ersten Räte beschickt, von welchen einer nicht nur den Kongreß begrüßte, sondern auch, wenn auch nicht gerade sehr geschickt, in die Debatte eingriff. Es war nicht gut möglich, seitens der Regierung diesen Kongreß zu ignorieren, denn ihm folgt auf dem Fuße ein solcher der großen rheinisch-westfälischen Betriebskrankenkassen, — besser gesagt, der Betriebsunternehmer, die „eigene Kassen" haben, in denen die Arbeitervertreter ständig einen Maulkorb tragen und um ihre Ansicht zur Reichs-Versicherungs-Ordnung gar nicht befragt werden. Auf diesem Kongreß darf die Regierung natürlich nicht fehlen, sonst könnte es ihr übel ergehen, und daher beschickte sie wohl den allgemeinen Kongreß. Von der Voreingenommenheit gegen ihn hat Herr Dr. Caspar eine gute Probe abgegeben. Der allgemeine Kongreß repräsentierte zirka sieben Millionen versicherte Personen, obwohl er von den rheinisch-westfälischen Industriebaronen als „sozialdemokratisch und einseitig besetzt" denunziert und auch nicht beschickt war. Mit Ausnahme der Knappschaftskassen, in denen die Arbeiter auch nur dann was zu melden haben, wenn es die Unternehmer erlauben, waren alle Kassenarten vertreten. Die Ortskrankenkassen hatten — und das ist bezeichnend für die Hetze der Gegner — 417 Arbeitgeber, 598 Arbeitnehmer und 290 Beamte delegiert. Im ganzen vertraten 1696 Delegierte, und zwar 484 Arbeitgeber, 792 Arbeitnehmer und 420 Beamte, 1036 Kassen mit zirka 7 Millionen Versicherten.

Für die freien Hilfskassen, denen die Regierungsspatzen den Lebensfaden abschneiden wollen, geht es auf Leben und Tod; für die Ortskrankenkassen um Selbstverwaltung und gesunde Entwicklung, oder Bureaukratisierung und Rückgang. Kein Wunder ist's, wenn die Kassenvertreter aller Art den politischen und selbstsüchtigen Interessen von tausend Scharfmachern die Selbstverwaltung zu opfern sich energisch weigern. Die Kernfrage — soweit die Krankenversicherung in Frage stand — war, ob die Beiträge und demzufolge die Vertretung zwischen Arbeitgebern und -nehmern zu halbieren seien. Dieser Vorschlag stellt für die Arbeiter eine verzuckerte Giftpille dar, die sie dankend ablehnen, obwohl „der Zucker" nach Herrn Ministerialdirektor Dr. Caspar 50 Millionen Mark pro Jahr darstellen soll. Die Arbeiter wissen zu gut, daß die Halbierung der Beiträge für sie ein Danaergeschenk ist, das ihnen nicht bloß das ideelle Gut, die Selbstverwaltung raubt, sondern sie auch materiell schädigt, indem sie die Entwicklung der Krankenversicherung mit zirka 20 Millionen Versicherten aufhält. Demgegenüber sind 50 Millionen Mehrbeitrag der Arbeitgeber ein Pappenstiel. Es ist immer verdächtig, wenn in einem Klassenstaate ungefordert den Arbeitern solch „ein Geschenk" gemacht werden soll. Neun Referenten zergliederten abschnittweise die Vorlage und faßten ihre Stellungnahme zur Vorlage in Leitsätze zusammen, die zwar, weil sie das Ergebnis eines Kompromisses waren, nicht allenthalben, wohl aber im allgemeinen befriedigen werden.

Das Hauptreferat hatte ein Arbeitgebervertreter; neben bekannten, in der Krankenversicherung tätigen Genossen referierten aber auch Zentrums- und Freisinnsvertreter. Dazu ein Amtsgerichtsrat — der bekannte Kommentator für Krankenversicherung, Dr. Hahn. Die Bestellung der Referenten und das Zusammenwirken der verschiedensten Arbeiterorganisationen ist symptomatisch und bleibt sicher nicht ohne Folgen für die Zukunft, insbesondere mit Rücksicht auf die Verhältniswahl, die in der Arbeiterversicherung zweifellos kommen wird. Dabei gibt's sicherlich Kampf, Leben und Erfolg! Und gewiß nicht zur Freude der Arbeiterfeinde. Die Debatte war sehr interessant. Einige kleine Scharfmacher aus den Reihen der Unternehmer glaubten im Stile des Reichslügenverbandes gegen die Sozialdemokratie in den Kassen verleumderisch mit unbewiesenen Behauptungen vorgehen zu sollen. Es waren aber keine Vertreter von Orts-, sondern von Betriebskrankenkassen, wo man die Tätigkeit der Sozialdemokraten gar nicht kennt. Die Arbeitgeber aus den Ortskrankenkassen wiesen das nachdrücklich zurück und bezeugten auch hier wie seinerzeit im Reichsamt des Innern die geschickte und uneigennützige Tätigkeit der organisierten Arbeiter, ohne deren entscheidenden Einfluß die Kassen dahinsiechen würden. Uebrigens solle man die Arbeitgeber nicht mehr belasten, als es die Arbeiter verlangten. So wenig in den Kassen Politik zu treiben sei, ebensowenig dürfe das Kranken-Versicherungsgesetz zur Bekämpfung einer Parteirichtung verwendet werden.

Bei der Besetzung des Kongresses konnte man auf das Ergebnis der Abstimmung, soweit es die Halbierung der Beiträge und der Vertretung betraf, mit Recht gespannt sein; um so mehr, als der Ministerialdirektor Dr. Caspar unter teilweisem Beifall die Halbierung verteidigt hatte. Gegen die Leitsätze, durch welche die Halbierung verworfen wurde, stimmten nicht zehn Teilnehmer. Der größte Teil der Leitsätze fand einstimmige Annahme. Gegen das Fortbestehen der Hilfskassen stimmten zirka 50 Delegierte. Nach der scharfen Debatte für und wider wußte jeder, wie er zu stimmen hatte; es waren Delegierte, die die Materie wohl verstanden und begriffen haben, was die Vorlage will. Also keine Zufallsstimmung!

Die Unfallversicherung, wie sie nach der Vorlage gestaltet werden soll, darüber war man sich völlig einig, bedeutet in materieller Beziehung wie im Instanzenzug eine ganz wesentliche Verschlechterung. Demgegenüber ist es ganz bedeutungslos, daß in den Versicherungsämtern wie Oberversicherungsämtern die Arbeitervertreter als Richter zugezogen werden sollen. Das Reichsversicherungsamt lediglich als Revisionsinstanz einzurichten wurde auch hier allgemein verworfen. Die Vorlage betreffend die Invalidenversicherung bringt keine Besserung. Die Renten werden nicht aufgebessert, die Altersrente erst im 71. Lebensjahre gewährt.

Die einstimmig angenommenen Leitsätze fordern Besserung und bringen beachtliche Vorschläge dazu; besonders die Kinderrente neben der Invalidenrente des Vaters.

Vernichtend war die Kritik über die projektierte Hinterbliebenenfürsorge, die mit Recht als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bezeichnet wurde. Bei Beamten aller Art erhalten die Witwen ohne Rücksicht auf ihre Erwerbsfähigkeit und ihre wirtschaftliche Lage die Pension. Die Arbeiterwitwe aber soll, wenn ihr Mann nach langer Krankheit, während der alle Mittel aufgezehrt sind, verstirbt, nur dann Rente erhalten, wenn sie selbst invalid ist, das heißt nicht mehr ein Drittel des durchschnittlichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiterinnen verdienen kann! So hat sich kein vernünftiger Mensch die Witwenrente gedacht!

Der Kongreß nahm denn auch Leitsätze an, die wesentliche Besserungen fordern. Die Mehrkosten sollen die Gemeinden mit aufbringen, die durch die Hinterbliebenenversorgung wesentlich an Armenkosten ersparen werden. Alles in allem ist das Ergebnis des Kongresses durchaus befriedigend; er verlangte wirkliche und keine Schein-Sozialreform; er forderte auf allen Gebieten der Arbeiterversicherung frei. Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeiter. Bei den Krankenkassen aber soll den Arbeitern der entscheidende Einfluß gesichert bleiben. Daß die Regierung, die Scharfmacher aller Art, der Leipziger Aerzteverband und die Apotheker mit den Beschlüssen des Kongresses nicht zufrieden sind, ist uns mit eine Gewähr dafür, daß er auf dem rechten Wege war.

Eine aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzte Kommission, in welcher Sozialreformer verschiedener Parteirichtungen vertreten sind, wird durch geeignete Maßnahmen den Kongreßbeschlüssen Nachdruck zu verschaffen suchen und zu diesem Zwecke bei der Regierung und den einzelnen Reichstagsfraktionen zur geeigneten Zeit vorstellig werden.

Die deutsche Arbeiterschaft ohne Unterschied der Organisationsangehörigkeit wird nun aber durch lebhafte Agitation dafür zu sorgen haben, daß der Reichstag die Kongreßbeschlüsse beachtet und die Vorlage verbessert.

Fort mit dieser Vorlage der Regierung, die die Arbeiterversicherung einen Schritt vorwärts und drei zurück bringen soll.

Die direkten Steuern in der Finanzkommission.

In der Freitagssitzung der Finanzkommission sollte zunächst das frühere in erster Lesung beschlossene Besitzsteuerkompromiß beraten werden, das von den Einzelstaaten die Aufbringung von 100 Millionen Mark für Rechnung des Reiches verlangt. Diese 100 Millionen sollten in Form von Zuschlägen zu den einzelstaatlichen Einkommens- und Vermögenssteuern erhoben werden. Die Debatte wurde eröffnet, es meldete sich niemand zum Wort. Sang- und klanglos wurde das Besitzsteuerkompromiß durch einstimmige Ablehnung beseitigt.

Es folgte die Beratung der neuen konservativen

Aus Karl Marx' Wanderjahren.

In der Zeitschrift März berichtet Dr. Wilhelm Feldmann auf Grund von Papieren, die ihn ein Zufall auffinden ließ, einiges aus den bewegten Jahren, die Karl Marx als Flüchtling in Brüssel verlebt hat. Es handelt sich nicht um wesentliche Entdeckungen, die das Bild von Karl Marx neu beleuchten könnten. Aber auch die kleinen Mitteilungen aus dem Leben des ins Exil geworfenen großen Mannes sind sehr willkommen zu heißen. Wir folgen der sympathischen Darstellung, die W. Feldmann gibt:

Marx hatte etwa 1½ Jahr in Paris gewohnt, als das Ministerium Guizot im Januar 1845 auf Preußens Drängen die Ausweisung des deutschen Flüchtlings verfügte. Am Nachmittag des 1. Februar traf Marx über Mons mit der belgischen Südbahn in Brüssel ein. Am 14. Februar wurde er in die Brüsseler Bevölkerungslisten eingeschrieben.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in der belgischen Hauptstadt unternahm Marx Schritte, um das Recht des Aufenthalts in Belgien zu erlangen.

Als die belgischen Behörden ihm Mitte März 1845 die Frage vorlegten, wie er seinen Lebensunterhalt verdiene, erwiderte Marx, er arbeite an einem Buch über „politische Oekonomie", für das der Verlagsbuchhändler Leskens in Darmstadt ihm 3000 Frank zugesagt habe, und lebe in Erwartung dieses Honorars von den Einkünften seiner Gattin. Am 22. März verpflichtete er sich der belgischen Regierung gegenüber ehrenwörtlich, während seines Aufenthalts in Belgien nichts über politische Tagesereignisse zu veröffentlichen. Einen Ehrenwortbruch beging Marx aber nicht, wenn er trotz dieses Versprechens seine fleißige Feder bald wieder in den Dienst des Kampfes für die neuen Ideen von der Befreiung der Proletarier aller Länder stellte; denn sein Versprechen war an die Bedingung, daß ihm das Recht des Aufenthalts in Belgien zugestanden werde, geknüpft. Dieses Recht hat Marx nie erlangt. Er war während seines dreijährigen Aufenthalts in Brüssel nur geduldet und durfte also sein Ehrenwort vom 22. März 1845 als nicht gegeben betrachten.

Am 1. Mai zog Marx hinaus vor die Tore von Brüssel nach der nördlichen Vorstadt Saint-Josse-ten-Noode, wo er 5, Rue de l'Alliance wohnte. Nebenan, im Hause 7, Rue de l'Alliance, wohnte vom 25. August 1845 ab Friedrich Engels. Am 7. Mai 1846 kehrte Marx nach Brüssel zurück, in das Hotel du Bois Sauvage an der Gudulakirche, von dem er am 19. Oktober 1846 nach der südöstlichen Vorstadt Ixelles übersiedelte. Er wohnte dort 42, Rue d'Orleans, bis er sich nach dem Eintreffen der Kunde von der Pariser Februarrevolution zum Verlassen Belgiens rüstete. Am 26. Februar 1848 stieg er wiederum im Hotel du Bois Sauvage, jetzt 19 Plaine de Sainte-Gudule, ab, und hier erhielt er wenige Tage später den Befehl, Belgien binnen 24 Stunden zu verlassen.

Zu Brüssel hatte Marx zunächst in stiller Zurückgezogenheit seinen sozialphilosophischen Studien gelebt. Sein Discours sur le libre échange (Abhandlung über den Freihandel) und sein — gleichfalls in französischer Sprache erschienenes — Buch Misère de la Philosophie. Réponse à la Philosophie de la Misère de Proudhon (Das Elend der Philosophie. Antwort auf die Philosophie des Elends von Proudhon) bezeichnen die Entwicklung seines Geistes während der ersten zwei Jahre seines Brüsseler Aufenthalts. Um ihn sammelte sich ein beständig wachsender Kreis von Freunden und Gesinnungsgenossen, die ihn mehr und mehr aus dem Frieden des Arbeitszimmers zu Kampf und Agitation zurückführten. Moses Heß, der einst in Paris an den Deutsch-französischen Jahrbüchern von Ruge und Marx mitgearbeitet hatte, Wilhelm Wolff, der Verfasser des Deutschen Bürgerbuches, dem Marx später den ersten Band des Kapitals widmete, der Drucker Stephan Born, später Professor in Basel, und sein Fachgenosse Wallau, später Bürgermeister von Mainz, gehörten diesem Kreise an, ferner Edgard von Westphalen, der Schwager Marx', der Leutnant a. D. Weidemeyer, Ferdinand Wolff, Ernst Dracke, der Dekorationsmaler Steingens und der Archivist an der Brüsseler Stadtbibliothek Gigot. Keiner aber stand Marx näher als Friedrich Engels, der bis zum August 1846 in Brüssel blieb und später von Paris aus noch oft dorthin zurückkehrte.

Der Deutschen Brüsseler Zeitung des früheren Offiziers Adalbert v. Bornstedt, die seit dem 3. Januar 1847 zweimal wöchentlich, am Sonntag und Donnerstag, in einer Stärke von vier Seiten zu je vier Spalten erschien, stand Marx zunächst ganz fern. Erst im Sommer 1847 wurde er gleich Engels, nicht zum Schaden der geistigen Höhe des Blattes, dessen eifriger Mitarbeiter. Hier setzte er sich mit Karl Peter Heingen und Adolf Bartels auseinander, hier verteidigte er die angeblich für Belgien staatsgefährliche Tätigkeit der deutschen und französischen Flüchtlinge in Brüssel wider die Angriffe des klerikal-konservativen Journal de Bruxelles und der gemäßigt-liberalen Indépendance belge.

In Verbindung mit Moses Heß, der Redakteur an der Deutschen Brüsseler Zeitung war, und Wallau, der in der Druckerei der deutschen Zeitung Bornstedts arbeitete, gründete Marx Ende August den deutschen Arbeiterverein in Brüssel, dem unter dem Vorsitz von Heß und Wallau 37 Mitglieder angehörten. Der Verein hielt zweimal wöchentlich, am Sonntag und Mittwoch, Sitzungen ab. Sonntags waren Frauen zugelassen. Im Winter 1847 zu 48 hielt Karl Marx hier seine Vorträge über: Salär und Kapital, die 1849 in der Neuen Rheinischen Zeitung erschienen. Der deutsche Arbeiterverein überlebte die Krisis nach der Februarrevolution, aber die Ausweisung von Marx und anderen Kommunisten aus Belgien schwächte ihn stark.

Die Beziehungen Marx' zu der Brüsseler Société démocratique internationale (Demokratische internationale Gesellschaft) sind bekannt. Wir müssen sie hier streifen, weil sie bei der Ausweisung der deutschen und französischen Revolutionäre aus Belgien eine Rolle gespielt haben. Die Gründung einer demokratischen Vereinigung war bei dem Arbeiterbankett (banquet de travailleurs), das am 27. September 1847 etwa 120 Teilnehmer versammelt hatte, beschlossen worden und am 7. November 1847 in der Maison des Meuniers in der Rue de la Tête d'Or erfolgt. An der Gründungssitzung nahmen 123 belgische und fremde Demokraten verschiedener Richtungen teil. General Mellinet, der Revolutionär von 1830, übernahm das Ehrenpräsidium der Gesellschaft, während der Advokat Lucien Jottrand zum Präsidenten gewählt wurde. Karl Marx und der Franzose Imbert waren Vizepräsidenten. Professor Matzig gehörte dem Komitee an.

In den November 1847 fällt auch die Reise von Marx und Engels nach London zum zweiten Kongreß des Bundes der Gerechten, der sich 1847 in den Bund der Kommunisten verwandelte.

Unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachrichten von der Pariser Februarrevolution übertrug das Londoner Zentralkomitee des Kommunistenbundes dem Lokalkomitee in Brüssel seine Befugnisse. Am 27. Februar 1848, einem Sonntag, fanden in Brüssel mehrere Versammlungen der Demokraten und Kommunisten statt. Etwa 40 Personen wurden, wie die Indépendance belge berichtete, in dieser Nacht „infolge einiger ungeschickter Agitationsversuche" von der Bürgergarde verhaftet, darunter auch deutsche, italienische und französische Flüchtlinge.

Mittlerweile hatte sich das Schicksal der fremden Revolutionäre in Brüssel entschieden. Die Nervosität, mit der die belgische Re-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090522/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG